

Gekaufte Demonstranten – Das Geschäft mit "Menschenmengen auf Bestellung"

20 Juli 2025 17:17 Uhr

Das Unternehmen "Menschenmengen auf Bestellung" rekrutiert und verkauft Demonstranten. Der Leiter einer Aktivistengruppe berichtet, ihm seien mehrere Millionen Dollar für die Rekrutierung von Anti-Trump-Demonstrationen angeboten worden.



Quelle: www.globallookpress.com © Susan Stava / Keystone Press Agency

"No Kings"-Protest in den USA, New York, 14. Juni 2025

Von Robert Bridge

Es ist vielleicht gar nicht so überraschend, aber wenn Sie das nächste Mal einen Protest in einer amerikanischen Stadt sehen, ist dieser möglicherweise nicht so spontan und hausgemacht, wie es scheint. Tatsächlich sind viele der jungen rebellischen Gesichter in der Menge bezahlte Schauspieler. Sie erhalten ihr Gehalt im Auftrag sehr reicher Personen, die das politische System der USA manipulieren wollen.

Hier kommt Adam Swart ins Spiel, der CEO und Gründer von [Crowds on Demand](#) (CoD) (Menschenmengen auf Bestellung). Auf seiner Website findet sich eine lange Liste von Dienstleistungen, die jeder politischen Bewegung die nötige Schubkraft verleihen, um an Fahrt zu gewinnen. Dort preist das Unternehmen an:

"Wenn Sie Demonstranten brauchen, können wir eine Menschenmenge auf die Straße bringen, manchmal innerhalb von 24 Stunden. Sollten Sie Redner für eine Stadtratssitzung benötigen, können wir talentierte und sprachgewandte Personen vermitteln, die sich für die Sache einsetzen. Wir verfügen auch

über ein engagiertes Team von Telefonberatern, die in Kongressbüros anrufen und Regierungsvertreter davon überzeugen können, Ihr Anliegen zu unterstützen und Ihnen zu helfen, Widerstände zu überwinden. Falls Sie viele Briefe und E-Mails von Wählern brauchen, verfügen wir über ein Netzwerk von Zehntausenden Personen im ganzen Land, die gut formulierte Wählerbriefe an ihre Abgeordneten schicken können."

"Wir sind die ultimative Guerilla-Lobbying- und Regierungspromotions-Firma", heißt es auf der Website plakativ.

Zuletzt gab Swart bereitwillig Auskunft darüber, dass seiner Öffentlichkeitsarbeitsfirma ein lukrativer Vertrag zur Unterstützung einer von den Demokraten unterstützten Kampagne angeboten wurde. [In einem Interview](#) mit Brian Entin von *NewsNation* erklärte er: "Interessenten, die mit den Organisatoren der Bewegung des 17. Juli verbunden sind, sind an uns herangetreten. Tatsächlich haben wir ein Angebot abgelehnt, das wahrscheinlich etwa 20 Millionen Dollar wert ist."

Am 17. Juli fanden im ganzen Land Proteste gegen die Trump-Regierung statt, die von der linken Organisation [Good Trouble Lives On](#) (guter Ärger lebt weiter) organisiert wurden. Am 17. Juli jährte sich zum fünften Mal der Todestag des ehemaligen demokratischen Abgeordneten John Lewis. Er war ein Anführer der Bürgerrechtsbewegung und bezeichnete die Proteste als "good trouble" ("guter Ärger").

Warum also hat Swart das millionenschwere Angebot für die Ausrichtung der Veranstaltung am 17. Juli abgelehnt? Schließlich vermuten einige Trump-Anhänger, dass CoD eine wichtige Rolle bei den äußerst erfolgreichen "No Kings Day"-Protesten gespielt hat. Daran sollen mehr als fünf Millionen Menschen in mehr als 2.100 US-Städten und -Gemeinden teilgenommen haben. Somit handelte es sich vermutlich um die größte eintägige Demonstration in der Geschichte der USA.

Nach Ansicht rechter Kreise wird die Zahl der Trump-Gegner routinemäßig durch von Swarts Unternehmen angeheuerte Agenten verstärkt. Zwar bestreitet CoD jede Beteiligung an No Kings, doch allein die Vorstellung, dass ein PR-Unternehmen legal als treibende Kraft einer Protestbewegung existieren könnte, ist äußerst beunruhigend (es ist sehr schwierig, genau festzustellen, welche Gruppen CoD unterstützt. Die Mitarbeiter sind gezwungen, zum Schutz der Anonymität der Kunden Geheimhaltungserklärungen zu unterzeichnen).

In Bezug auf den "Good Trouble Lives On"-Protest gibt Swart die Ablehnung des Angebots zu. Die Demonstrationen würden "uns alle in ein schlechtes Licht rücken", da 1.500 geplante Veranstaltungen im ganzen Land das Potenzial hätten, "gewalttätig zu werden". Swart zufolge würde er keine Aktivisten anheuern, wenn "es sich um illegale Aktivitäten handelt ... Wir beteiligen uns an keiner Form von illegalen Aktivitäten – natürlich keine Gewalt, kein Vandalismus und kein Blockieren von Straßen ohne Genehmigung."

Während man Swart dafür applaudieren sollte, dass er ein Vermögen abgelehnt hat, um den politischen Prozess in den USA transparent und sicher zu halten, arbeiten andere große Akteure nicht mit einem ähnlichen moralischen Kompass. Nehmen wir zum Beispiel George Soros und seine [Open Society Foundation](#).

Letzten Sommer erreichten die Anti-Israel-Proteste an den amerikanischen Universitäten ihren Höhepunkt. Zu der Zeit erklärte der US-Anwalt Alan Dershowitz gegenüber *Fox News*, dass von Soros finanzierte Organisationen und andere die Anti-Israel-Bewegungen mitfinanzieren. Dershowitz sagte:

"Es steht außer Frage, dass es Organisationen gibt, die von George Soros und den Rockefeller-Brüdern finanziert werden. Nehmen Sie zum Beispiel '[Jewish Voice for Peace](#)'. Sie steckt hinter vielen dieser Demonstrationen. Sie sind nicht jüdisch und sie wollen keinen Frieden. Es ist eine falsche Organisation. Es ist eine altmodische Gruppe von Kommunisten und Anarchisten, die die Regierung der Vereinigten Staaten stürzen wollen ... Diese Organisationen werden von Soros und anderen Organisationen finanziert, die dabei helfen, diese nützlichen Idioten zu Demonstranten und schließlich zu Terroristen zu machen."

Um auf die Demokraten zurückzukommen: Allein der Akt des Astroturfing im politischen System der USA deutet stark darauf hin, dass Trumps MAGA eine klare und gegenwärtige Gefahr für die Liberalen darstellt (Anmerkung der Übersetzerin: Beim sogenannten Astroturfing handelt es sich um eine PR-Taktik. Eine politische Bewegung, die so aussehen soll, als sei sie spontan aus der Gesellschaft entstanden, wird in Wirklichkeit von einer Organisation gesteuert und finanziert). An diesem Punkt sind die Demokraten praktisch gezwungen, Leuten einen Mindestlohn zu zahlen, um gegen Trump zu mobilisieren. Noch schlimmer als eine zerrüttete Partei ist eine Partei, der es offensichtlich an Unterstützung von der Basis fehlt und die gezwungen ist, das politische System zu manipulieren.

Robert Bridge ist ein amerikanischer Schriftsteller und Journalist. Er ist der Autor von "Midnight in the American Empire". Darin beschreibt er, wie Konzerne und ihre politischen Diener den amerikanischen Traum zerstören.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.